Fernsprech-Stellen 11 Kirch., 533 Haupt-Dresden.

[illegible]

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Porzellan-Tafelservice,
fein gemachte Form, bemalt u. mit eleganten Blumenzweigen, **Handmalerei,** für 6 Personen Mk. 43, für 12 Personen Mk. 96. Ersatztheile werden jeder Zeit nachgeliefert.
Die Niederlage der Porzellanfabrik bei Zwickau
Ernst Göcke, Wilsdrufferstr. 39.

Maskengarderobe-Magazin I. Ranges
Math. Klemich, Seestraße 2, II.,
für **Herren** und **Damen.**
Dominos in den brillantesten Abendfarben. Aufträge nach auswärts prompt, Preiscourant gratis.

Grösstes Lager
fertiger Knaben- u. Mädchen-Anzüge
Theodor Binder,
Prager-Strasse 41, part. und erste Etage, Ecke der Oberseergasse.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren und Damen
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2, part. und erste Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Hochfeine Masken-Garderobe in grösster Auswahl für **Herren** und **Damen** bei anerkannter Accuratesse. **Pünktliche Besorgung nach auswärts.**
Frau Bertha Streng, Grosse Brüdergasse 3.

Nr. 29. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 29 Januar: Auffrischender Westwind, meist trübe, etwas Niederschläge, Thauwetter. | Dresden, 1885. **Donnerstag, 29. Jan.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Zucker und Schnaps — das sind die beiden Verzehrungsgegenstände, aus denen das Reich nicht entfernt diejenigen Einnahmen bezieht, die es recht wohl erhalten könnte. Beide indirecte Steuern sind seit Jahren in Verfall; dieser Umstand verwirrt wie kein anderer die Reichsfinanzen; die gesetzgebenden Körper müssen sich den Kopf zerbrechen, um durch neue Steuern den ganz unnöthigen Entgang der Erträge von Zucker und Spiritus zu decken — die Berliner Regierung aber steht rathlos und unschlüssig da, obwohl ihr tausendmal der Weg zur Reform gezeigt ist. Der Grund dieses Zögerns liegt weniger in der Schwierigkeit eines neuen Besteuerungssystems — denn betreffs der technischen Veranlagung der Zucker- wie der Spiritussteuer ist die Sache nachgerade spruchreif, sondern in der ausnahmsweisen Begünstigung, deren sich Zuckerfabrikation und Spiritusbrennerei erfreuen. Beide sind als „Nebengewerbe" der Landwirthschaft für diese von der allerhöchsten Bedeutung; das Nebengewerbe ist vielfach zu der den ganzen landwirthschaftlichen Betrieb beherrschenden Hauptsache ausgewachsen. Es versteht sich ganz von selbst, daß man die Landwirthschaft als solche und ihre technischen Nebengewerbe in die pfleglichste Behandlung zu nehmen hat; aber die allzugroße Zärtlichkeit der Eltern wird stets für die Kinder verhängnißvoll. So weit darf die Begünstigung niemals gehen, daß die Kinder sich vermittelst elterlicher Unterstützung selbst ruiniren und alle anderen Erwerbszweige dazu angehalten werden, die wirthschaftlichen Sünden entarteter Geschwister zu bezahlen. So steht es aber mit den Zucker-Lords und den Spiritus-Baronen. Wären Zuckersiedereien und Schnapsbrennereien nicht so hochadlige Gewerbe der preußischen Großgrundbesitzer — niemals hätte man in Berlin mit solcher beispiellosen Langmuth dem stetigen Verfall beider Steuerarten und die den Reichskassen entgehenden Millionen-Beträge zugesehen. Ist es nicht ein Jammer, daß die Zuckersteuer, die bei der Bevölkerungszunahme Deutschlands im nächsten Jahre bequem 60 Millionen liefern könnte, voraussichtlich nur etwa 25 Millionen den Reichskassen zuführt? Eine niedrige Fabrikatsteuer auf Zucker würde den Consum dieses Artikels im Inlande massenhaft vermehren, die Reichskassen füllen und dem Krach der Zucker-Industrie vorbeugen. Eine verbesserte Spiritussteuer würde gleichfalls den Reichskassen mehr als die jetzigen 61½ Millionen zuführen, selbst wenn der Schnaps vertheuert würde. Das wäre im Interesse der Moral und der Gesundheit des Volkes noch als Extra-Wohlthat sehr zu begrüßen. Die jetzige Spiritussteuer begünstigt, wie so viele Gesetze in Deutschland, die östlichen Provinzen Preußens auf Kosten des übrigen Reichs. Die großen Brennereien sind gegenüber den kleineren und mittleren bevorzugt. Die „Sandhasen" aus dem östlichen Preußen brennen aus ihrem auf sandigem Boden gewachsenen Kartoffeln ein Product, das durch das jetzige Steuersystem vor dem im übrigen Deutschland erzeugten einen uneinholbaren Vorsprung genießt. Wenn man in Berlin nicht bald dazu thut, die von Grund aus verfehlte Zuckersteuer in eine ergiebige Fabrikatsteuer umzuwandeln und den Branntwein höher zu besteuern, so trifft die Verantwortlichkeit für den Verfall der Reichsfinanzen immer schwerer die kleine aber mächtige Partei, die sich aus nicht zu billigendem Egoismus einem schon längst gebotenen Fortschritte widersetzt. Das weder vom fiskalischen Standpunkte noch von dem der eignen Interessen der Zucker- und der Spiritusindustrie aus zu rechtfertigende Zaudern dieser Steuerreform ist die Hauptursache der trüben Lage der Reichsfinanzen und der Nothwendigkeit neuer Steuern.

Als wir gestern beklagten, daß das Uebermaß von Parlamentarismus es den betheiligten Interessenkreisen so erschwere, zu den Vorgängen im Parlamente Stellung zu nehmen, hätten wir ausdrücklich eine Ausnahme bezüglich der Großindustriellen machen sollen. Diese haben, sobald sie davon Wind erhielten, daß der Reichstag eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Angriff nimmt, sofort ihr Organ, den „Ausschuß des Centralverbandes deutscher Industrieller" nach Berlin entboten. Eigens zu dem Zwecke, diese so nothwendige soziale Gesetzgebung zu hintertreiben. Dieser Ausschuß hat eine Resolution zusammengebraut, die man nicht ohne Entrüstung lesen kann. Es berührt vor Allem befremdlich, daß die Großindustriellen sich selbst rühmen, schwere Lasten auf sich genommen zu haben, um das Loos ihrer Arbeiter zu bessern. Es giebt allerdings eine Anzahl höchst rühmlicher Ausnahmen, die in dieser Richtung freiwillig mehr gethan haben, als ihnen auf eine Reihe von Jahren hinaus wahrscheinlich die Gesetzgebung zumuthen dürfte. Aber von einer weit größeren Zahl von Großindustriellen — es gilt dies insonderheit von den großen Spinnereien und der Eisen- und Maschinenbranche — ist es bekannt, daß sie die Vortheile, welche ihnen die Schutzzölle gewährten, nicht gerade dazu benutzten, die Lebenslage ihrer Arbeiter aufzubessern. Außer der vermehrten Arbeitsgelegenheit, von der die Industriellen ja den Löwennutzen davontrugen, ist an die Arbeiter wenig geflossen. Wohl aber mußte man bei dem Kranken- und Unfallversicherungsgesetze erleben, daß viele Großindustrielle dahin trachteten, die Hauptlasten dieser sozialen Gesetze entweder den Arbeitern oder dem Reiche, d. i. den übrigen Steuerzahlern, aufzuhalsen. Die Unfallversicherung wird, wie sie jetzt reichsgesetzlich geregelt ist, vielen Industriellen weniger kosten als bisher, wo sie ihre Arbeiter freiwillig versichert hatten. Die neueste Resolution des Ausschusses der Großindustriellen wehrt sich gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung und macht Front gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. So wenig eine Uniformirung hierin räthlich oder auch nur möglich ist, so sehr muß man die praktischen Erfahrungen und manches Andere dabei zu berücksichtigen hat, so wenig haltbar ist das Verlangen der Großindustriellen, erst noch weitschichtige Enquêten zu veranstalten. Die bisherige Sozialreform hatte es mit den kranken, verletzten und invaliden Arbeitern zu thun. Da aber dergleichen Arbeitsunfähige so wie so schon nach den bestehenden Gesetzen versorgt werden mußten, so konnte man diese bisherige Sozialreform gewissermaßen als eine Verbesserung und Organisirung der Armenpflege auffassen. Arbeiterschutzgesetze dagegen befassen sich mit den gesunden und beschäftigten Arbeitern, sie interessiren deshalb den aktiven Arbeiterstand in viel lebhafterer Weise. Sie befassen sich im Wesentlichen mit dem Schutz der freien Zeit des Arbeiters, der Zeit, welche ihm die Arbeit für des Lebens nackte Nothdurft übrig läßt. Er bedarf ihrer zum Ersatz der verbrauchten Körperkraft, zur nothwendigen Pflege seines Leibes, zur Erziehung seiner Kinder, zur Ordnung seines Hauswesens, zur Erfüllung seiner religiösen Bedürfnisse. Die Möglichkeit des Verbrauches der freien Zeit zu ganz unnöthigen oder gar verderblichen Zwecken hebt die Nothwendigkeit derselben zu einem menschenwürdigen Leben natürlich nicht auf. Die Jugend bedarf ihrer in größerem Maße, da die Natur währenddem größere Anforderungen an den Körper stellt und ein Theil der freien Zeit noch zum Unterricht verwendet werden muß. Die Frau bedarf ihrer noch mehr, da sie so wie so eine der produktiven nationalen Arbeiten zu leisten hat, die Pflege des Kindes, der sie nicht zu sehr entzogen werden darf. Die Kindheit endlich sollte im nationalen, humanen und ethischen Interesse alle ihre Zeit behalten zur körperlichen, sittlichen und religiösen Ausbildung. Ueberläßt man die Dinge sich selbst, so kommt es zu gefährlichen Zuständen. Ein Quantum freier Zeit muß den Arbeitern gesetzlich sichergestellt werden, sonst geht der Arbeiterstand rückwärts. Die beliebige und unbegrenzte Ausdehnung der Arbeitszeit muß eine ebensolche Entwerthung der Arbeit und ihres Ertrags zur Folge haben; der erste Schritt zur Aufbesserung der Löhne ist daher eine gesetzlich regulirte Arbeitszeit. Diejenigen, die mit socialen Machtmitteln, Geld, Grundbesitz, Maschinen und Bildung ausgerüstet sind, mögen über den Schutz der menschlichen Arbeitskraft nicht so hoch denken; für die großen Arbeitermassen aber ist der Schutz ihrer Arbeitskraft, auf welcher ihre ganze Existenz beruht, das Nothwendigste und der Anfang aller Sozialreform. Jedes Eigenthum an Geld und Gut und Haus erfreut sich staatlichen Schutzes und der Staat schützt sich selbst, indem er das Eigenthum seiner Bürger schützt. Aber nicht minder, ja noch viel mehr schützt der Staat sich selbst, wenn er die große Masse der Arbeiter, welche zugleich die Hauptmasse seiner Armee bildet, vor der übermäßigen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, ihres einzigen werthvollen Eigenthums schützt. Zu diesen nothwendigen Maßnahmen gehört aber die Wiederherstellung eines geregelten Arbeitszustandes mit entsprechenden Ruhepausen zur Erneuerung der physischen und zur Belebung der moralischen Kraft unbedingt. Alle diese Gesichtspunkte, die im Sinne der konservativen Arbeiterschutz-Anträge der „Reichsbote" entwickelt, ignoriren die Großindustriellen. Aber es hilft ihnen Nichts. Die Konservativen und das Centrum werden in ihren volksthümlichen Bestrebungen nicht locker lassen. In der Frage der Sonntagsarbeit und der Nachtarbeit der Frauen kann man jetzt schon mit voller Sicherheit und ohne Enquête gesetzgeberisch vorgehen. Wie es so oft vorkommt, so ist auch hier durch ein falsches Schlagwort die Sache in ein falsches Licht gestellt. Einen Normalarbeitstag für alle Gewerbe zu schaffen, ist natürlich unmöglich und gerade in der allgemeinen Norm würde die größte Ungerechtigkeit und Härte liegen, weil eben nicht alle Gewerbe gleich sind. Nicht: allen das Gleiche, sondern: jedem das Seine — ist ein gesunder Grundsatz!

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 28. Jan.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm den vom Centrum eingebrachten Entwurf eines Kommunalsteuernothgesetzes an, nachdem sich Redner aller Parteien dafür ausgesprochen. Die Regierung verhielt sich dem Antrag gegenüber kühl, da sie selbst einen bezüglichen Entwurf in Ausarbeitung hat.

Berlin. Im Reichstage begründete der Däne Junggreen seinen Antrag betreffend die Verwaltungs- und Gerichtssprache in den zum Reiche gehörigen Landestheilen, in denen eine nicht deutsche Sprache die Volkssprache ist. Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. v. Schelling verweist darauf, daß sich die Sprachgrenze nach Norden und Osten nicht ziehen lasse. In Bezug auf die Verwaltung sei das Reich nicht zuständig. Gegen den Antrag sprachen Lenzmann (Demokrat), Dr. Hartmann und Klemm (konservativ), v. Vollburgsen und Franke (nationalliberal); für den Antrag sprachen der Sozialdemokrat Liebknecht, der Pole Magdzinski und der Elsässer Simonis. Windthorst beantragte die Verweisung des Antrags an eine Kommission. Das Haus stimmte dem aber nicht bei, und es wird deshalb der Antrag Kahle direkt im Plenum abgelehnt werden. Der Windthorst'sche Antrag auf Aufhebung des Expatriirungs-Gesetzes wurde in dritter Berathung debattelos angenommen. Dann begründete Kable sehr ausführlich den Antrag der Elsässer auf Aufhebung der Diktaturparagraphen. Er beklagte sich bitter über das jetzige Regiment, welches die Presse maßregele, wie der Fall der Antoine'schen „Metzer Zeitung" beweise. Die Reichslande würden mit himmelschreiender Ungerechtigkeit behandelt u. s. w. Unterstaatssekretär v. Puttkamer trat dieser Darstellung entschieden entgegen und gab an der Hand eines umfänglichen Materials ein Bild der deutsch-feindlichen Agitationen, die sich öffentlich breit machen. Den Agitationen von der Grenze her müsse besonders gesteuert werden, und es wäre unter den obwaltenden Umständen unklug, die Diktaturparagraphen aufzuheben. Der Abg. Dollfuß habe in einem Briefe nach Paris von der verfluchten Annexion gesprochen, der Abg. Antoine habe erklärt, daß die 12jährige Annexion den französischen Geist nicht unterdrückt habe, und daß die tiefsten Wünsche der Bevölkerung auf baldige Revanche gerichtet sei. Das streife doch stark an Landesverrath. Ohne zwingende Gründe würden die Diktaturparagraphen nicht angewendet, sie seien aber zur Zeit unentbehrlich. Morgen erfolgt die Weiterberathung, außerdem die Berathung des Unfallversicherungsgesetzes.

Berlin. Die Börsensteuerkommission des Reichstags entschied sich nach längerer Debatte mit 13 gegen 7 Stimmen für die prozentuale Besteuerung. Mit 15 gegen 5 Stimmen wurde der Registerzwang abgelehnt und der Schlußnotenzwang angenommen. Schließlich wurde eine Subkommission behufs Ausarbeitung eines neuen Entwurfs ernannt.

Berlin. Im Reichstage brachte Freiherr v. Hammerstein, unterstützt von den Deutsch-Konservativen eine Interpellation ein, über den von der Generalversammlung der deutschen Grundkreditbank in Gotha vom 28. Nov. v. J. beschlossenen Sanirungsplan. Er fragt an, ob die verbündeten Regierungen Kenntniß hiervon haben und was dieselben zu thun gedenken, um gegen das von der Verwaltung der Grundkreditbank bei der Regierung in Gotha beantragte sog. Curatorengesetz das Interesse der Pfandbriefbesitzer zu schützen und die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse wie sie jetzt bei der Bank hervorgetreten, künftig zu verhindern.

Wien. Der Börsebesucher Robert Deutsch, Sohn des Hofwechslers, schoß sich im Abort des Börsengebäudes eine Kugel in die Brust und starb während des Transports ins Krankenhaus. Deutsch war mit einem geringfügigen Betrag, angeblich mit nur 400 Gulden, insolvent geworden, was ihn zum Selbstmord getrieben haben soll. (Das dicke Ende kommt gewöhnlich hinterher.)

Wien. Wegen Unterschleifes bei dem Giro-Kassenverein wurde Balden zu siebenjähr. verschärftem Kerker verurtheilt. — Der Anarchist Thömann erhielt wegen Hochverraths 6 Jahre schweren Kerker.

Paris. Aus Saigun wird vom 28. telegraphirt: Die Aufständischen in Cambodga sind geflohen und zerstreut. Drei französische Kolonnen, unterstützt von Hilfstruppen der Eingeborenen, verfolgen sie. Sivotha wurde durch Oberst Miramont bei Pendo geschlagen, er selbst wurde verwundet. Eine zweite Bande von 300 Mann wurde bei Rathkenot vom Schiffsleutnant Tügun geschlagen.

London. Der Kriegskorrespondent des „Standard", Cameron und der der „Morningpost", Herbert, wurden nach einer Meldung des „Standard" in einem Gefechte im Sudan am 19. d. getödtet.

Die Berliner Börse eröffnete im Anschluß an feste Wiener Notirungen fest, bald trat jedoch Angebot auf, welches die Course zurückdrängte. Der Schluß war wieder fester, so daß nur unerhebliche Coursrückgänge zu verzeichnen sind. Spekulative Banken belebt und schwankend. Der Schluß war gegen gestern kaum verändert. Deutsche Bahnen waren nachgebend, österreichische dauernd vernachlässigt. Bergwerke schwächer, fremde Renten gut behauptet, Industrien theilweise recht belebt, Brauereien schwächer, österreichische 5proz. Silberprioritäten gefragt.

Frankfurt a. M., 28. Januar. **Credit** 257⅝. **Staatsbahn** —. Lombarden 119⅝. 60er Loose —. Oesterr. **Silberrente** —. Papierrente —. Galizier —. **Oesterr. Goldrente** —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanl. —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. **Disconto** 204,75. Egypter 66,93. Gotth. B. —. Serben —. [illegible]

Wien. 28. Januar. Credit 302,90. Staatsbahn 303,50. Lombarden 145,50. **Nordwestb.** 172,50. Marknoten 60,40. Ung. Credit 3[illegible],00. Elbethal —. [illegible]

Paris, 28. Januar. **Schluß.** Rente 79,55. Anleihe 107,65. Italiener 97,40. **Staatsbahn** 628,75. Lombarden 313,75. do. Prioritäten —. **Egypter** 335,00. Oest. Goldrente —. Spanier 60,43. Ottomanen 593,00. Tabak-Actien —. Ruhig.

London, 28. Januar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 10[illegible]. 1873er Russen 90⅞. Italiener 76. Lombarden 12⅞. Türken [illegible]. 4% fund. Amerik. 12[illegible]. 4% Ungar. Goldrente 79[illegible]. Oesterr. Goldrente 8[illegible]. Preußische Consols 10[illegible]. Egypter 66[illegible]. Ottomanbank 13⅝. Suez-Actien 7[illegible]. — Stimmung: Fest. — **Wetter: Mild.**

Stettin, 28. Januar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen ruhig, loco 152—162, pr. April-Mai 166,50, pr. Mai-Juni 168,00. Roggen unverändert, loco 133—138, pr. April-Mai 143,50, pr. Mai-Juni 144,00. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. Januar 50,20, pr. April-Mai 51,50. Spiritus matt, loco 42,40, pr. April-Mai 44,10, Juni-Juli 45,30. Petroleum loco 7,90.

Breslau, 28. Januar, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. April-Mai 43,70, pr. Juni-Juli 45,00, pr. Juli-August 45,50. Weizen pr. Januar 162,00. Roggen pr. April-Mai 139,00, pr. Mai-Juni 143,00, pr. Juni-Juli 144,00. Rüböl pr. Januar 52,50, pr. April-Mai 52,00, pr. Mai-Juni 52,50. Zink ruhig. Wetter mild.

London, 28. Januar. Weizen ruhig, nominell unverändert, angekommene Ladungen stetig, ruhig. Mehl, Hafer billiger angeboten ohne Käufer. Mais, Gerste stetig. — Wetter: Milde.

Lokales und Sächsisches.

— Nach der gestern bereits erwähnten Hoftafel, welche Ihre Königlichen Majestäten in Leipzig im Kgl. Palais am Dienstag Nachmittag abhielten, fuhren Allerhöchstdieselben nebst Gefolge nach dem Neuen Stadttheater zu dem daselbst veranstalteten großen Concerte, für welches die gesammte Dekoration vom vorangegangenen Subscriptionsball des Albert-Zweig-Vereins erhalten worden war. Ihre Majestäten wurden beim Eintritt in das Haus von den Herren Oberbürgermeister Dr. Georgi, Polizeidirector Bretschneider und dem Director des Stadttheaters, Herrn Staegemann, ehrfurchtsvoll begrüßt und nach der Königsloge geleitet. Beim Eintritt in dieselbe brachte Herr Stadtrath Schmidt-Eßlmann ein Hoch auf Ihre Majestäten aus, in welches die zahlreiche und ansehnliche Versammlung mit Begeisterung einstimmte. — Als Se. Majestät der König am Vormittag — wie schon erwähnt — das Hauptpostamt am Augustusplatz besichtigte, waren am Haupteingange eine Anzahl Postillone in voller Gala-Dienstkleidung mit Fahnen in den Reichs- und den sächsischen Farben aufgestellt und Oberpostdirector Walther begrüßte daselbst den landesherrlichen Besuch und übernahm die Führung. Gestern Vormittag besuchte J. Maj. die Königin die katholische Kirche und sodann das Stift des Albert-Zweigvereins Möckern (Langestraße). Se. Maj. der König besuchte das Concert der Universität, kehrte um ½11 Uhr in das Kgl. Palais zurück und reiste mittelst Extrazuges um 12 Uhr 5 Min. nach Dresden, woselbst er gegen 2 Uhr eintraf. Zur ehrfurchtsvollen Verabschiedung hatte sich auf dem Bahnhofe der größte Theil derjenigen Herren, welche beim Empfange des Königspaares am Montage anwesend waren, eingefunden. J. Maj. die Königin verweilte noch bis gestern Abend in Leipzig.

— Mit heute erfüllen sich 25 Jahre, daß die Großmutter Ihrer Majestät unserer Königin Carola, die Frau Großherzogin Stephanie von Baden, in Nizza aus dem Leben geschieden ist. Die verewigte Großherzogin war am 28. August 1789 geboren, eine Tochter des 1819 verstorbenen Grafen Claude Beauharnais aus dessen erster Ehe mit der Marquise de Lezay-Marnesia und Adoptivtochter des Kaisers Napoleon I., vermählte sich 1806 mit dem Großherzog Karl von Baden und wurde Wittwe seit dem 8. Dez. 1818. Von ihren drei Prinzessinnen-Töchtern war die älteste Prinzessin Louise († 1854), mit dem Prinzen Gustav v. Wasa vermählt, deren Ehe unsere geliebte Königin entsprossen ist.

— Der Generaladjutant Sr. Maj. des Königs von Sachsen General-Leutnant v. Carlowitz erhielt das Ehrenkreuz 1. Klasse des fürstlich Hohenzollern'schen Hausordens, der kgl. erste Kammerherr v. Minckwitz das Ehrenkreuz 2. Klasse, und der Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs Major v. Schimpff das Ehrenkreuz 3. Klasse desselben Ordens.

— Geh. Rath Otto v. Berlepsch, hier, erhielt das Comthurkreuz zweiter Klasse des Verdienstordens, Oberstaatsanwalt Th. Hoffmann in Leipzig den Kgl. preußischen Kronenorden dritter Klasse. Das Allgemeine Ehrenzeichen erhielten: Gemeindevorstand Seifert in Müglenz und Wiesenmeister Schlicke in Helbdorf.

— Se. Excellenz Herr Minister von Nostitz-Wallwitz besuchte gestern das Asyl für obdachlose Männer. Geführt von dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Gmeiner-Benndorf, dem stellvertretenden Vorsitzenden, Kammerherrn v. Kalitsch, Herrn Stadtrath Kunze als Vertreter des Stadtarmenamtes und mehreren anderen Herren des Vereins-Direktoriums besichtigte Se. Excellenz eingehend alle Räume des Asyls und der freiwilligen Arbeitsanstalt (Holzspalterei), sowie das Volksbad für Männer und Frauen. Der Herr Minister äußerte seine volle Befriedigung über alles Gesehene, lobte die praktische Einrichtung und die überall herrschende Reinlichkeit und Ordnung.

— Se. Durchlaucht der Fürst Georg Czartoryski, bekannt als hervorragendes Mitglied des österreichischen Reichsraths, sowie durch vielfache humanitäre Thätigkeit, verweilte seit Anfang

Meyer's Fachlexika zur Hälfte des Ladenpreises durch die Exped. d. Bl.